



Schweizerische Delegation
bei der OECD

Swiss_OECD_Info

> [Kontakt](#)

> [Abmeldung Newsletter](#)

> [Über uns](#)

> [OECD](#)

Nr. 36 / März 2009

Inhalt

1.	Krise und Reformen: « <i>Going for Growth 2009</i> »	2
2.	Krise und erste Lektionen: « <i>Financial Market Trends 2008</i> »	3
3.	Krise und die Euro-Länder: « <i>OECD Economic Survey Euro Area</i> »	4
4.	Krise und Altersvorsorge: « <i>Private Pensions Outlook 2008</i> »	5
5.	Krise in Korea: « <i>OECD Economic Survey Korea</i> »	6
6.	Krise und Politik: OECD-Parlamentarierseminar	7
7.	Keine Krise im Kulturtourismus: « <i>The Impact of Culture on Tourism</i> »	8
8.	Entwicklungszusammenarbeit: Wohin das Geld fliesst. « <i>Development aid at a Glance</i> »	9
9.	Weitere Publikationen	10
10.	OECD-Kalender	10

Für die laufende Diskussion über den Informationsaustausch in Steuersachen und das schweizerische Bankgeheimnis verweisen wir Sie auf wwwefd.admin.ch.

1. Krise und Reformen: «Going for Growth 2009»

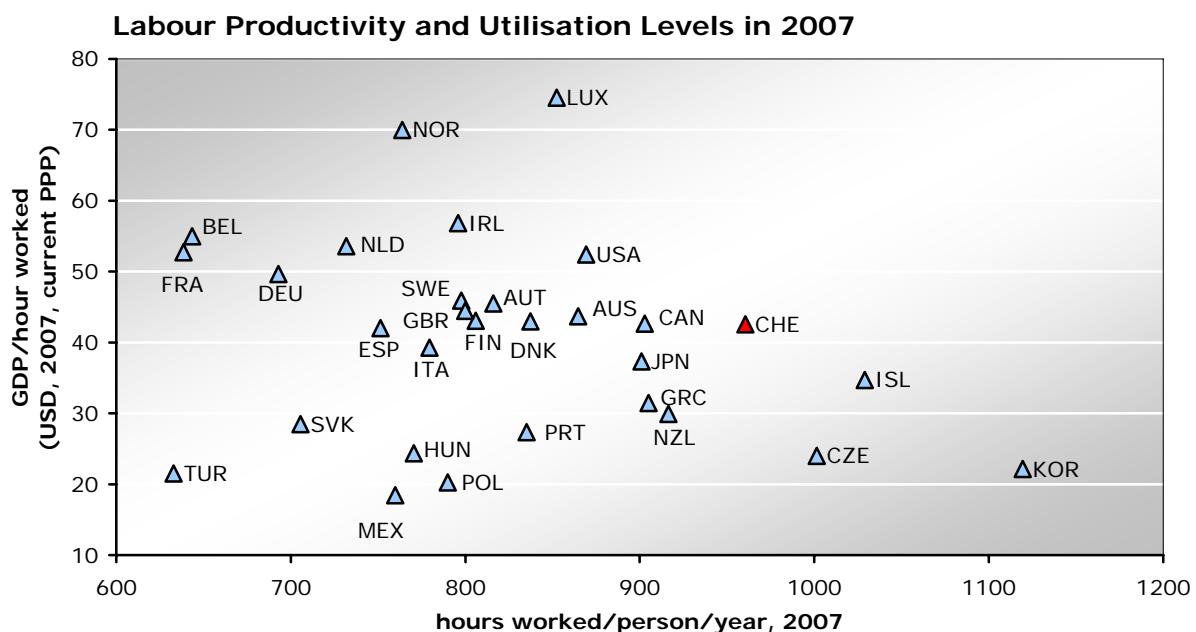
Die fünfte Ausgabe des [«Going for Growth»](#) kommt zu einem Zeitpunkt, in dem die OECD-Länder mit einer der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrisen kämpfen. Krisen bieten jedoch immer auch Möglichkeiten für strukturelle Reformen. Länder wie Finnland oder Neuseeland sind heute so ausserordentlich wettbewerbsfähig, gerade weil sie ihre jeweiligen Wirtschaftskrisen für Innovationen nutzten. Konjunkturpakete sollten deshalb sowohl kurzfristig die Nachfrage stimulieren als auch langfristig das Wachstum positiv beeinflussen.

Die OECD nennt eine Reihe von möglichen win-win Massnahmen: Infrastrukturinvestitionen, Steuerreduktionen für tiefere Einkommensgruppen, Humankapitalakkumulation und mehr Wettbewerb im Produktmarkt. Der Bericht warnt aber auch vor Schnellschüssen. Vergangene Krisen zeigten zur Genüge, wie Regierungen dazu neigen, unter politischem Druck zuweilen falsche Entscheidungen zu fällen. Die bekanntesten darunter sind die protektionistischen Zollbarrieren in den 1930er Jahren und die Einführung von Frühverrentungen in den 1970er Jahren. Beide Massnahmen waren letztlich fatal für Wachs-

tum und Beschäftigung und nur schwierig rückgängig zu machen. Zudem warnt die OECD die Regierungen davor, nicht wettbewerbsfähigen Branchen kostspielige Subventionen zu gewähren, die letztlich den notwendigen Strukturwandel nur behindern.

Der Bericht identifiziert für jedes Land fünf prioritäre Reformbereiche, die das Wachstum am stärksten beeinflussen und eine nachhaltige Finanzierung des Wohlfahrtsstaats sichern. Die [Schweiz](#) weist bekanntlich zwar ein sehr hohes Wohlstandsniveau (BIP/Kopf) auf, Platz fünf nach Luxemburg, Norwegen, USA und Irland; aber das Wohlstandswachstum entwickelt sich seit Jahrzehnten im OECD-Vergleich unterdurchschnittlich. Während die Schweiz die viertlängste Jahresarbeitszeit aufweist, beharrt die Arbeitsproduktivität im OECD-Durchschnitt. (Grafik) Hauptursachen dafür sind nach wie vor der tiefe Wettbewerb der Netzwerkindustrien (Energie, Verkehr, Kommunikation), Subventionen im Agrarbereich und fehlende Vorschulerziehung, die eine stärkere Arbeitsmarktbeteiligung der Frauen verhindert.

[>Inhaltsverzeichnis](#)



2. Krise und erste Lektionen: «Financial Market Trends 2008»

Während die Wirtschaftskrise weiter schwelt, ist die OECD bereits mit ihrer Aufarbeitung beschäftigt. Eine bemerkenswerte Reihe von Aufsätzen findet sich in der letzten Ausgabe der OECD [«Financial Market Trends»](#). Sie werfen ein differenziertes Licht auf die „Schuldigen“, die gemäss den Autoren sowohl auf der öffentlichen wie auf der privaten Seite zu suchen sind.

Der [Hauptaufsatz](#) sieht vier Faktoren, die ab 2004 die Krise verursacht haben: 1. Die „American Dream“ zero equity proposals der amerikanischen Regierung, welche Niedrigverdienern günstiges Wohneigentum ohne Eigenkapital ermöglichte; 2. striktere Eigenkapitalvorschriften für die staatsnahen Hypothekenbanken *Fannie Mae* und *Freddie Mac*, die es kommerziellen Banken ermöglichten, ebenfalls in das erträgliche Hypothekengeschäft einzusteigen; 3. die Einführung des Basel-II-Abkommens, welches Banken veranlasste, ihre off-balance-Aktivitäten auszubauen; und 4. ein Beschluss der amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde *SEC*, der es Investmentbanken erlaubte, ihre Leverage ratio (debt to net equity) von 15:1 auf bis zu 40:1 zu erhöhen.

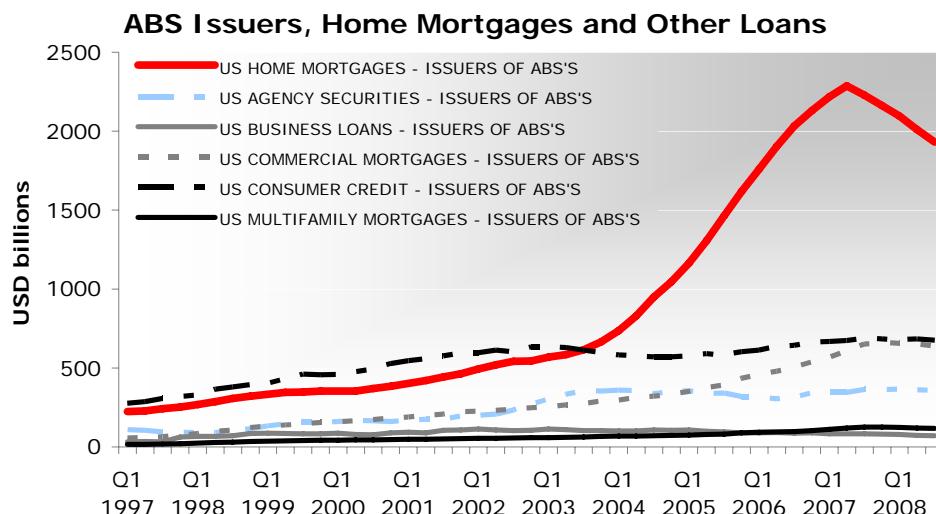
Die Kombination dieser vier neuen Regimes war letztlich eine Aufforderung an die Banken, das einträgliche Geschäft der Hypothekenverbriefungen ausserhalb ihrer Bilanzen im Wettbewerb untereinander zu beschleunigen.

Das Resultat war eine ab 2004 sichtbare massive Ausweitung dieses Geschäftszweigs (Grafik). Die bekannte makroökonomische Grosswetterlage mit Tiefstzinsen und überschüssiger Liquidität, sowie laxen Rating-Agenturen, strukturierte Finanzprodukte und risikoblinde Lohnanreize bei Banken und Hypothekenvermittlern taten ihr übriges dazu.

Der Fall UBS wird in diesem Kontext als geradezu klassisches Beispiel analysiert. Hinter drei führenden Grossen in diesem Geschäft (Goldman Sachs, Citigroup und Deutsche Bank) abgeschlagen an neunter Stelle, wurde im Frühling 2007 der Beschluss gefasst, im Bereich der *subprime*-Hypotheken aufzuschliessen. Ein Aufholen war aber nur unter Eingehen höherer Risiken möglich (hohes Leverage, minimales Hedging, risikantere Schuldner), dies alles, kurz bevor die Situation zu kippen begann. Zwar hatte der Verwaltungsrat bereits im September 2006 *subprime*-Hypotheken als Risikofaktor identifiziert, aber erst im Juli 2007 zog er daraus die Konsequenzen.

Das Gesamtbild, das sich allmählich abzeichnet, zeigt somit einen „perfekten Sturm“: ein Überfluss an Liquidität, ein Regierungs- und Regulierungsversagen, fatale Fehleinschätzungen und Lohnanreize des privaten Finanzsektors.

[>Inhaltsverzeichnis](#)



3. Krise und die Euro-Länder: «OECD Economic Survey Euro Area»

Wie rasch sich die aktuelle Krise ausbreitet, zeigte sich am Beispiel des [OECD-Wirtschaftsberichts der Euro-Zone](#). Bereits bei seiner Publikation anfangs Jahr waren die Zahlen überholt. Die Prognose eines realen Rückgangs 2009 des Euroland-BIP um 0,6% müsste heute deutlich nach unten revidiert werden. Nach einem Jahrzehnt robusten Wachstums liess die Dynamik 2007 nach, geschwächt durch die drei unterdessen bekannten weltweiten Schocks: exorbitante Energie- und Nahrungsmittelpreise, Turbulenzen auf den Finanzmärkten und schliesslich das Bersten der Immobilienblasen in einzelnen Ländern, allen voran Spanien und Irland.

Die Krise liess den Widerspruch zwischen den noch immer national dominierten Bankenregulierungen und Überwachungsbehörden einerseits und dem integrierten Kapitalmarkt andererseits zutage treten. Bereits im Oktober 2007 hatten die Euro-Finanzminister neue Regimes und straffere Strukturen vorgeschlagen. Auf die Verschärfung der Krise im Oktober 2008 reagierten die Euro-Länder mit umfassenden Massnahmen (Garantien auf Einlagen, Rekapitalisierung von notleidenden Banken).

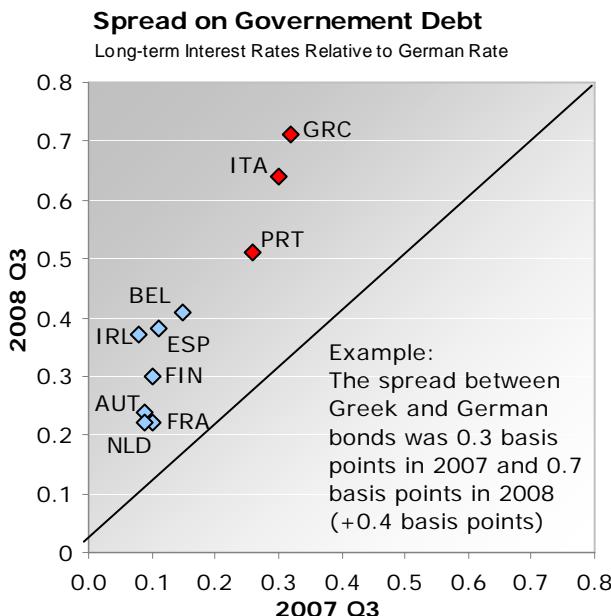
Der OECD-Bericht anerkennt die Notwendigkeit einer diskretionären Fiskalpolitik. Er unterstreicht aber, dass diese zeitnah, gezielt

und befristet (*timely, targeted and temporary*) sein muss, und der Blick auf die steigende Gesamtverschuldung nicht verloren gehen darf.

Wie mitleidslos der Markt die Schuldner unterscheidet, ist am Zinssatz abzulesen, der für Staatsanleihen verschiedener Euro-Länder verlangt wird. Trotz des einheitlichen Währungsraumes sind im Verlauf der Krise die langfristigen Zinssätze für neue Staatsanleihen einzelner Länder im Vergleich zu Deutschland gestiegen (dessen Bonität am besten eingestuft wird). Nicht überraschend müssen höher verschuldete Staaten wie Griechenland, Italien und Portugal entsprechend der Markteinschätzung höhere Zinsen für neue Anleihen zahlen.

Nach der Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts hatte sich die Verschuldungssituation der Euro-Länder zunächst verbessert, vor allem aufgrund der wachsenden Einnahmen während der Wachstumsphase. Im Nachgang der Krise und vor dem Hintergrund der umfangreichen öffentlichen Sanierungspakete nimmt der Schuldendruck wieder zu. Zudem wird sich in den kommenden Jahren die Generation der Babyboom-Generation durch ihren Eintritt in das Rentenalter in den fiskalischen Statistiken bemerkbar machen.

[>Inhaltsverzeichnis](#)



4. Krise und Altersvorsorge: «Private Pensions Outlook 2008»

Die Finanzkrise macht auch vor der Altersvorsorge nicht halt. Die schlechte Nachricht des ersten [«OECD Private Pensions Outlook 2008»](#) ist der durchschnittliche Verlust aller privaten Pensionsfonds in den OECD-Ländern aufgrund der Krise von 22% (20% nominal) von Januar bis Oktober 2008. Die gute Nachricht ist die Tatsache, dass die Langzeittrendite über 15 Jahre noch immer einen positiven Wert aufweist. Das ist vor allem auf die durchschnittliche Wachstumsrate aller Fonds in der OECD von jährlich stattlichen 9.4% in den Jahren 2001 bis 2007 zurückzuführen.

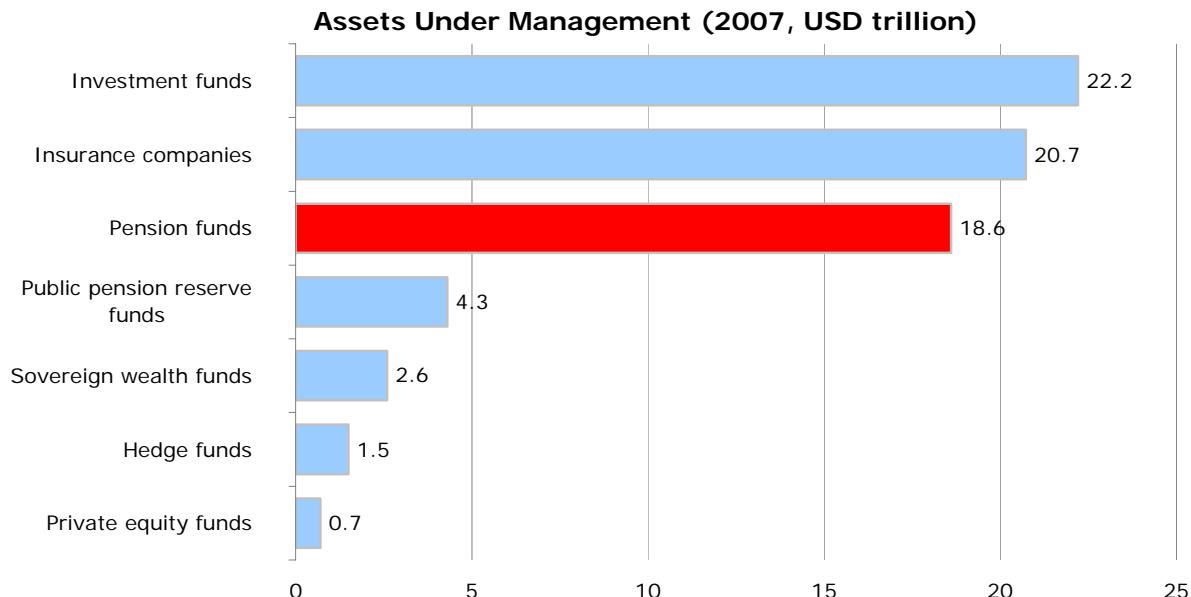
Der Bericht untersucht die unterschiedlichen Strukturen und Investitionsstrategien der Länder, sowie deren administrative Kosten, die vor allem bei den unzähligen kleinen Fonds hoch ausfallen. Die Autoren bemängeln, dass die kritische Grösse eines Fonds von einer 1 Mrd. USD nur in wenigen Ländern (Finnland, Niederlande, Polen) erreicht wird. Die Schweiz mit ihren über 2500 Pensionskassen erreicht im Durchschnitt (175 Mio. USD) diese Schwelle bei weitem nicht. In einigen Ländern (z.B. Irland, USA) haben die Fondsverwalter die Aktienanteile in den Jahren 2001-2007 auf über 60% ausgeweitet, was 2008 teilweise zu enormen Verlusten geführt hat. Schweizer Pensionskassen, ebenso wie jene in Mexiko, Polen und der Türkei, haben in der Regel in diesem Zeit-

raum eine vorsichtigeren Strategie gewählt. Besorgniserregend ist die Tatsache, dass in zahlreichen Ländern wie Australien, Deutschland, Frankreich, Japan, Kanada und Mexiko sogar Personen mit Durchschnittslöhnen und 40 Beitragsjahren von ihren öffentlichen und privaten Altersversicherungssystemen letztlich kaum 60% ihres letzten Gehalts erhalten.

Die Guthaben der Schweizer Pensionskassen beliefen sich 2007 auf 510 Mrd. USD oder 119% des BIP, der dritthöchste Wert aller OECD-Länder nach Island und Norwegen (OECD-Durchschnitt 111%). Zählt man sämtliche privaten Vorsorgevermögen (inklusive 3.-Säule- und anderer Modelle) steigt der schweizerische Wert auf 152% des BIP, der höchste in der OECD.

„Reine“ Pensionsfonds vereinten 2007 weltweit 18.6 Bio. USD und sind nach den kommerziellen Investmentfonds und Versicherungsunternehmen die drittgrösste Klasse von institutionellen Investoren (Grafik). Allerdings benützen sehr viele Pensionskassen Investitionsfonds, *Hedgefonds* und *Private-Equity*-Firmen als Investitionskanäle. Insgesamt dürften global unterdessen rund 60% aller *Assets* der institutionellen Investoren der Finanzierung der Altersvorsorge dienen.

[>Inhaltsverzeichnis](#)



5. Krise in Korea: «OECD Economic Survey Korea»

Korea wurde früh und heftig von der Wirtschaftskrise erfasst. Der [neueste OECD-Wirtschaftsbericht](#) zeigt, wie in der stark exportorientierten Industrienation bereits der Schock an den Rohstoffmärkten zu Inflation, Wachstumsschwäche und rasanter Abwertung geführt hatte. Der kürzlich erschienene OECD-Wirtschaftsbericht führt aus, welche Massnahmen – in den Bereichen Fiskal-, Arbeitsmarkt-, Erziehungs- und Wirtschaftspolitik – notwendig sind, um das Land wieder auf einen nachhaltigen Wachstumspfad zu führen.

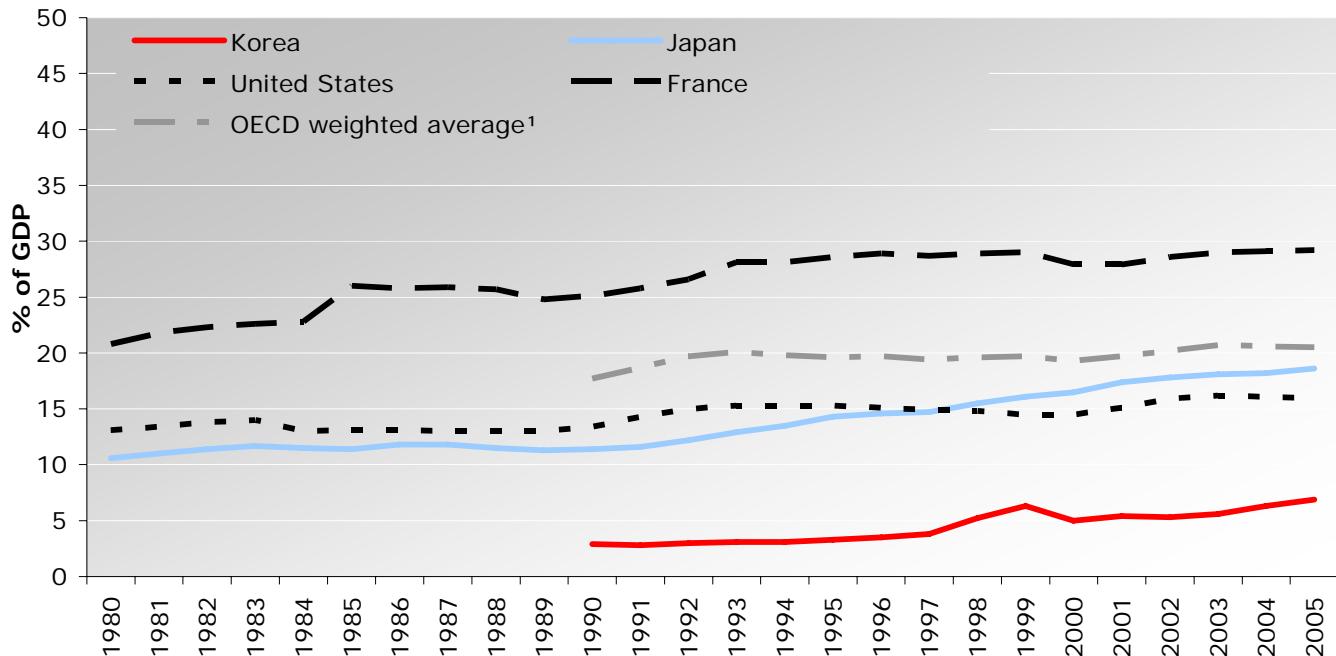
Die Staatsausgaben Koreas betragen lediglich 7% des BIP (siehe Grafik), der tiefste Wert aller OECD-Länder, aufgrund einer zur Zeit noch relativ jungen Bevölkerung und einem vergleichsweise rudimentär ausgebauten Sozialstaat. Es wird jedoch eine außerordentlich rasche Alterung der Bevölkerung erwartet: der Anteil der Senioren soll bis 2018 von derzeit 10% auf 14% anwachsen und ab 2018 wird zudem der Anteil der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter abnehmen. Noch deutlicher sprechen folgende Zahlen: Korea liegt derzeit auf dem drittletzten Rang der OECD-Länder, was das Verhältnis der Pensionierten zur arbeitenden Bevölkerung betrifft. Im Jahr 2050 wird Korea den dritten Rang

belegen. Eine Fiskalreform ist deswegen in Korea unumgänglich. Laut der OECD sollten die Konsumsteuern erhöht werden, da diese weniger verzerrend wirken als direkte Steuern. Korea besitzt in diesem Bereich noch Spielraum, da die Mehrwertsteuer nur 10% beträgt, wesentlich weniger als der OECD-Schnitt von 18%.

Um den Einfluss der demographischen Entwicklung (Alterung der Bevölkerung) auf die Sozialsysteme abzuschwächen, empfiehlt die OECD, die Erwerbsquote anzuheben, indem insbesondere Frauen und Jugendliche besser in den Arbeitsmarkt integriert werden (die Erwerbsquote der Frauen im Alter von 25-54 Jahren ist zur Zeit die drittletzte der OECD). Darüber hinaus sollte das Pensionsalter erhöht werden, indem die obligatorische Pensionierung in Unternehmen aufgehoben wird (derzeit ist die Frühpensionierung im Alter von 55 Jahren gängige Praxis). Die OECD empfiehlt, dem Anciennitätsprinzip bei der Festlegung der Saläre weniger Gewicht beizumessen und nicht zuletzt auch die Abfindungssumme für Rentner schrittweise abzuschaffen.

[>Inhaltsverzeichnis](#)

Low Public Social Spending in Korea



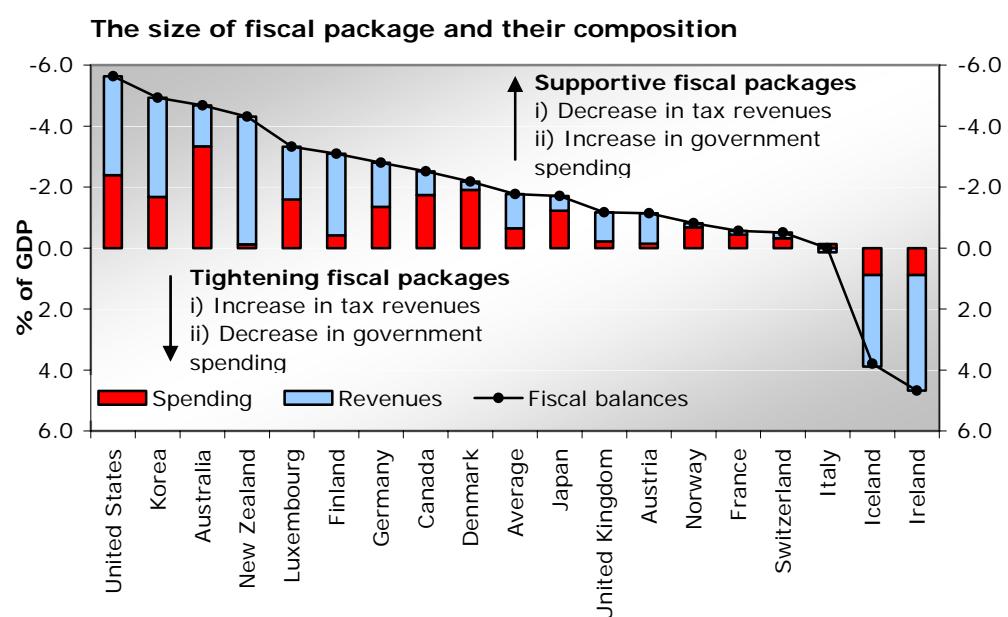
6. Krise und Politik: OECD-Parlamentarierseminar

Am 19. Februar lud die OECD Parlamentarier ihrer Mitgliedsländer zu einem eintägigen [Seminar über die Finanz- und Wirtschaftskrise](#) nach Paris ein. Selten war der Bedarf bei Politikern nach unabhängigem Expertenwissen so gross wie jetzt. Sie werden vor komplexe Sachverhalte gestellt und müssen letztlich in ihren Ländern die Verantwortung über umfangreiche öffentliche Unterstützungsprogramme übernehmen. Die Schweiz war mit vier Vertretern aus National- und Ständerat vertreten. Im Mittelpunkt standen Analysen und rege Debatten über Risikomanagement und Salärapolitik von Banken wie UBS und Citigroup, aber auch *good corporate governance* in Unternehmen anderer Bereichen. Die Folgen der [immensen öffentlichen Schulden](#) als Folge der Krise stiessen ebenfalls auf reges Interesse.

Die OECD-Experten sind überzeugt, dass es – trotz zum Teil bereits hoher Verschuldung – zu einer raschen, gezielten und befristeten staatlichen Unterstützung zur Zeit keine Alternative gibt. Sie warnten aber auch eindringlich vor protektionistischen Klauseln in solchen Programmen. Diese würden nur zu Retorsionsmassnahmen und somit zu einer weiteren Lähmung der wirtschaftlichen Dynamik führen.

Die OECD hat in den vergangenen Monaten über sämtliche Politikbereiche, die von der Krise betroffen sind, Analysen und Empfehlungen verfasst. Sie sind in einer [«Strategic Response to the Crisis»](#) zusammengefasst. Zudem sind über die OECD-Website ständig [aktualisierte Wirtschaftsdaten](#) zu den einzelnen Mitgliedsländern verfügbar.

[>Inhaltsverzeichnis](#)



7. Keine Krise im Kulturtourismus: «*The Impact of Culture on Tourism*»

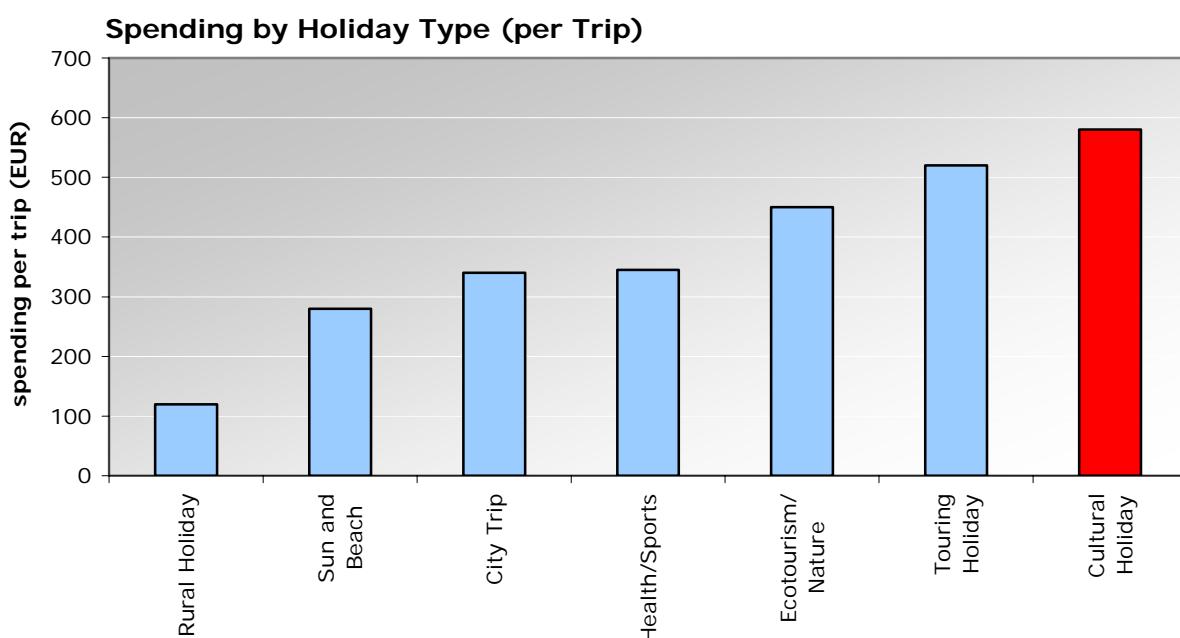
Reisende auf einem Kulturlaub geben doppelt soviel Geld aus wie Strandurlauber, und die Zahl der Kulturtouristen nimmt stetig zu. Das sind die Kernergebnisse der OECD-Studie [*«The Impact of Culture on Tourism»*](#). Sie analysiert im Detail den Einfluss der Kultur und des Tourismus auf die Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit einer Destination und zitiert Beispiele aus verschiedenen OECD-Ländern (Frankreich, Italien, Japan, Korea, Österreich, Türkei), allerdings mangels Daten leider nicht aus der Schweiz.

Laut der Studie wird der Kulturtourismus erst seit den 80er Jahren als wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung einer Destination wahrgenommen. Dabei beträgt der Anteil des Kulturtourismus heute bereits 40% der internationalen Ferienreisen. Anlass sind häufig Aufführungen, Ausstellungen oder Veranstaltungen, welche das Kulturerbe zur Geltung bringen. Die Kultur als Hauptreisegrund wird mehr und mehr zum entscheidenden Treiber der Touristenströme. (siehe Grafik).

Wie können die für den Tourismus zuständigen Behörden mehr vom Kulturtourismus profitieren? Die OECD schlägt vor, mehr in Infrastrukturverbesserungen und den Schutz des Kulturerbes zu investieren und neue Kulturdestination zu entwickeln. In der Tourismuswerbung sollte darüber hinaus gezielt ein regionales Image aufgebaut und als Marke verbreitet werden.

Als Paradebeispiel nennt die OECD die Schweizer Grenzregion Vorarlberg. Der Tourismus- und Hobbyverkehr trägt dort 15% zum BIP bei. Die Region hat eine Kulturtourismusstrategie mit dem ambitionierten Ziel, die regionale Marke Vorarlberg als Kulturdestination auf den internationalen Märkten zu positionieren. Bis 2010 wollen die Verantwortlichen zur attraktivsten Kulturdestination der Region werden, indem sie kulturelle Initiativen unterstützen, welche Vorarlberg als dynamische und qualitativ hochstehende Kulturregion anpreisen. Unabdingbar ist dafür eine bessere Kooperation zwischen Tourismus- und Kulturverantwortlichen.

[>Inhaltsverzeichnis](#)



8. Entwicklungszusammenarbeit: Wohin das Geld fliessst. «Development aid at a Glance»

Welches Geberland vergibt in welches Empfängerland in welchen Sektor wie viel Entwicklungszusammenarbeit (*Official Development Assistance ODA*)? Die Antwort auf diese Fragen – und auf viele andere im Bereich der Entwicklungsförderung – kann im neuesten [«Development Aid at a Glance: Statistics by Region»](#) gefunden werden. Der Bericht gibt Aufschluss über die Aufteilung nach Ländern, Regionen und Einkommensgruppen, die von der Entwicklungszusammenarbeit profitieren. Er enthält eine Fülle von zum Teil überraschenden Fakten und Grafiken.

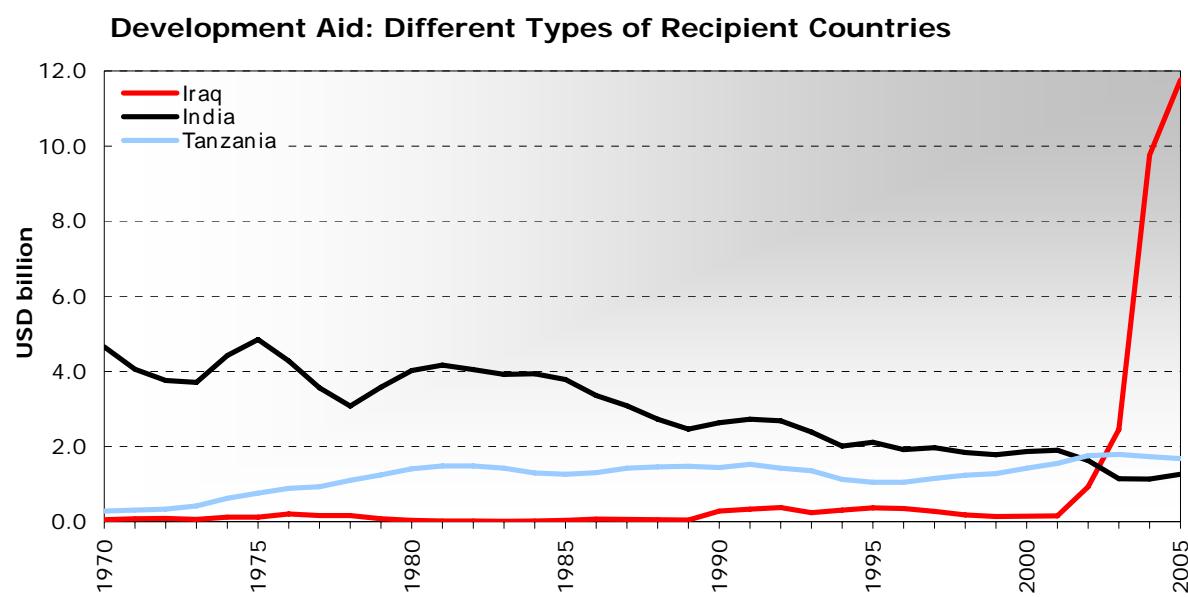
So führen für 2006 nicht „typische“ Entwicklungsländer mit tiefen Pro-Kopf-Einkommen die Liste der umfangreichsten Unterstützungsaktionen an, sondern mit Nigeria (11% der gesamten ODA), Irak (8%) und Afghanistan (3%), Pakistan, Sudan und der Demokratischen Republik Kongo (je 2%) Länder mit politischen Konflikten, vor allem aufgrund einmaliger Entschuldungsaktionen. Unter den zehn grössten Empfängerländern befinden sich mit Äthiopien und Tansania nur zwei *Least Developed Countries* (> 750 USD GNI/capita). Insgesamt fliessen von den 2006 ausgezahlten Entwicklungsgeldern von

105 Mrd. USD nur etwas über ein Viertel in *Least Developed Countries*.

Interessant ist auch eine Analyse der Geldflüsse in einzelne Länder über längere Zeit. Während zum Beispiel in Indien die externe Unterstützung aufgrund einer erfolgreichen Integration in die Weltwirtschaft langsam abnahm, blieb sie in Tansania über Jahrzehnte auf gleichem Niveau. Ein Sonderfall sind Konfliktländer wie Irak, deren Unterstützung sprunghaft zunahm. Auf mittlere Frist dürften diese Beträge rasch zurückgehen, da es sich um einmalige Entschädigungsaktionen handelt.

Das Entwicklungskomitee der OECD (*Development Assistance Committee DAC*) ist das Forum der 22 wichtigsten Geberstaaten (plus Europäische Kommission). Sein Zweck ist die ständige Verbesserung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit seiner Mitglieder, eine bessere Harmonisierung der Unterstützung und eine möglichst effiziente und effektive Armutsverringerung. Die Schweiz ist seit 1968 Mitglied des DAC.

[>Inhaltsverzeichnis](#)



9. Weitere Publikationen

- ❖ [«Agricultural Policies in Emerging Economies 2009»](#)
Paris, 17. März 2009
- ❖ [«Globalisation and Emerging Economies: Brazil, Russia, India, Indonesia, China and South Africa»](#)
Genf, 19. März 2009
- ❖ [«Systemic Innovation in the Swiss Vocational and Professional Education and Training System»](#)
Paris, 20. März 2009
Dieser Bericht der OECD analysiert und lobt Schweizer Innovationen in der Berufsbildung.
- ❖ [«OECD Regions at a Glance 2009»](#)
Paris, 23. März 2009

[>Inhaltsverzeichnis](#)

10. OECD-Kalender

- ❖ [5th World Water Forum](#)
Istanbul, 16.-22. März 2009
- ❖ [China Development Forum](#)
Beijing, 22.-23. März 2009
- ❖ [Investing for Growth: Building Innovative Regions](#), Ministertreffen und Forum des Territorial Development Policy Committee
Paris, 30.-31. März 2009
- ❖ Präsentation des OECD-Zwischenberichts zur wirtschaftlichen Situation
Paris, 31. März 2009
- ❖ Präsentation der Entwicklungshilfe 2009 (Official ODA figures) durch den Vorsitzenden des *Development Assistance Committee*, Eckhard Deutscher
London, 1. April 2009
- ❖ [Nuclear Power for the 21st Century](#), Ministerkonferenz [der Internationalen Atomenergieagentur](#) und [der OECD-Atomenergieagentur](#)
Beijing, 20.-22. April 2009
- ❖ [Enhancing Competitiveness Through Regional Integration](#) [Zweites OECD-Südostasien Forum](#)
Bangkok, 27.-28. April 2009

[>Inhaltsverzeichnis](#)